

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Stefan Berger (FPÖ) und Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Maßnahmenkatalog Förderung des Musikschulwesens in Wien

Musikschulen haben in Österreich eine 200-jährige Tradition. Musizieren hat viele positive Effekte auf die Persönlichkeitsentwicklung - insbesondere von jungen Menschen. Wissenschaftliche Langzeitstudien in Berlin belegen beispielsweise die Steigerung der sozialen Kompetenz von Kindern. Das Zusammenwirken im Orchester oder Chor schult die Empathie, nebenbei wird kreatives Potential frei und bewirkt langfristig positive Veränderung im Gehirn. Ruhige und sanfte Klänge können die Ausschüttung von Stresshormonen verringern, aktives Musizieren soll Glückshormone produzieren und präventiv gegen Aggressionen wirken.

Alleine diese angeführten Punkte unterstreichen die Förderwürdigkeit eines funktionalen Musikschulwesens, das einer knapp zwei Millionen Einwohner Stadt im Herzen Europas würdig ist, die noch dazu aus kultureller Sicht musikalischen Ruf von Weltrang genießt.

Während in der Geschäftsgruppe jährlich hunderte Initiativen mit verlässlicher Unterstützung der Stadt Wien über Jahre hinaus rechnen dürfen, verfügen städtische Musikschulen nicht nur über viel zu wenige Platzkapazitäten, sondern auch die Geringschätzung gegenüber privaten Musikschulen und deren Trägern spricht Bände: trotz großem personellen und administratorischen Aufwand seitens der privaten Musikschulträger werden Förderbeschlüsse gerade einmal zwei Monate vor Beginn des neuen Musikschuljahres getroffen. Planungssicherheit im Sinne derer, die für diese Stadt einen großen Dienst erweisen - Fehlanzeige.

Während andere Projekte sogar mit (finanziellem) Vorschussvertrauen ausgestattet werden, erfuhr das Musikschulwesen in Wien unabhängig von der politischen Verantwortung eine stiefmütterliche Behandlung.

In Sinne der positiven Aspekte eines funktionierenden Musikschulwesens, auch vor dem Hintergrund herausfordernder Zeiten für Kinder und Jugendliche stellen die gefertigten Gemeinderäte gemäß § 27 Absatz 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden

Beschlussantrag

Der amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der amtsführenden Stadträtin für Kultur und Wissenschaft einen Maßnahmenkatalog zur Förderung des Musikschulwesen in Wien mit konkreten Handlungsanweisungen erstellen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

